

Die Wirtschaft ist in der Pflicht
Florian Pronold zu Gast beim OV Laim

Der stellvertretende Vorsitzende der SPD Bayern, Florian Pronold, war am 14. Juli 2004 Gast beim SPD Ortsverein Laim und referierte zum Thema „Zukunft der SPD in Bayern“. Am Rande dieser Veranstaltung äußerte sich der Bundestagsabgeordnete in einem Interview zu den Erfolgsaussichten der Arbeitsmarktreformen in Deutschland.

JD: Herr Pronold, Sie haben im vergangenen Jahr im Bundestag für die Arbeitsmarktreformen, für Hartz IV gestimmt, obwohl Sie sich als Mitinitiator des Mitgliederbegehrens »Wir sind die Partei« gegen diese Reformen und die Agenda 2010 von Bundeskanzler Gerhard Schröder ausgesprochen hatten. Warum?

Pronold: Wir hatten in dem Mitgliederbegehren Bedenken gegen die Hartz-Reformen geäußert. Denn wir bezweifelten, ob es mit dieser Reform gelingen könne, Arbeitsplätze zu schaffen und Arbeitslose besser zu vermitteln. Nachdem wir einige Verbesserungen erzielt haben und die Mehrheit der Bundestagsfraktion und der SPD für die Reformen war, haben wir schließlich Hartz IV einstimmig im Bundestag verabschiedet.

JD: Glauben Sie jetzt, daß mit der Arbeitsmarktreform neue Arbeitsplätze geschaffen werden können.

Pronold: Über die Arbeitsmarktreformen allein werden auf keinen Fall neue Arbeitsplätze geschaffen. Deshalb haben wir die Steuerreform vorgezogen, um die Konjunktur anzukurbeln und über mehr Wirtschaftswachstum Arbeitsplätze zu schaffen. Grundsätzlich schafft die Wirtschaft Arbeitsplätze und nicht die Politik. Auch die besten Arbeitsmarktreformen werden nur dann greifen, wenn die Wirtschaft wieder Arbeitsplätze schafft.

JD: Was muß Ihrer Ansicht nach passieren?

Pronold: Politik, Bundesagentur, Kommunen und Wirtschaft müssen zusammenhelfen. Ich weigere mich immer, die Wirtschaft aus der Verantwortung zu nehmen. Wir müssen erreichen, daß die Unternehmen ihre Verantwortung für Arbeitsplätze wahrnehmen und ihren Gewinn wieder in Deutschland sehen. Wenn ich mitbekomme, daß Rodenstock, der Chef der Metallarbeitgeber in Bayern, 1,7 Millionen Euro für Wahlkampfspenden an die CSU übrig hat und jetzt 600 Arbeitsplätze im Bayerischen Wald abbaut, dann ist das ein Mißverhältnis.

JD: Welche Rolle spielen in Zukunft die Kommunen? Können sie neue Beschäftigungsmöglichkeiten schaffen?

Pronold: Die finanzielle Situation der Kommunen ist trotz der Entlastung von 2,5 Milliarden Euro durch Hartz IV im ersten Jahr und trotz einer Einnahmesteigerung bei der Gewerbesteuerreform um 2,5 Milliarden Euro sehr beengt. Ich glaube nicht, daß sie zu wesentlichen Arbeitsmarkteffekten beitragen können. Aber das war auch nicht Ziel. Bei den Kommunen geht es um die Frage, ob sie Arbeitslose besser vermitteln können als die Bundesagentur für Arbeit. Es gibt einige Kommunen, die möchten das selbst übernehmen. Die SPD hatte dies nicht vorgesehen. Ich persönlich halte nichts vom so genannten Optionsmodell, denn viele

Kommunen glauben, sie erhalten mit dieser Aufgabe eine zusätzliche Einnahmequelle. Dem ist aber nicht so. Das Optionsmodell war ein Wunsch der Union.

JD: Sie halten die Bundesagentur für Arbeit nicht für überflüssig...

Pronold: Nein, absolut nicht! Es gibt vereinzelt Kommunen, die in der Lage sind, Langzeitarbeitslose zu vermitteln. Die meisten werden sich mit dieser Aufgabe aber überheben. Ich bin der Auffassung, die Vermittlung von Arbeitslosen soll die Bundesagentur für Arbeit machen – in Kooperation mit den Kommunen. München ist bundesweit eines der positiven Beispiele dafür, wie zwischen der Bundesagentur für Arbeit und der Kommune erfolgreich kooperiert werden kann.

JD: Kritiker der Hartz-Reform bemängeln, daß es hauptsächlich darum geht, den Staat finanziell zu entlasten. Was halten Sie solchen Kritikern entgegen?

Pronold: Mit den Arbeitsmarktreformen ist ein Stück weit der Abbau von sozialen Leistungen verbunden. Jeder, der das bestreitet, würde lügen. Wir haben zur Zeit eine sehr schizophrene Debatte in Deutschland: Auf der einen Seite ist niemand bereit, mehr Steuern zu bezahlen oder höhere Lohnnebenkosten in Kauf zu nehmen. Auf der anderen Seite wird argumentiert, der Staat müsse für alles Sorge tragen. Wie soll ich vor diesem Hintergrund die sozialen Sicherungssysteme so erhalten, daß es gerecht und vernünftig zugeht?

JD: Mit der Einführung des Arbeitslosengeldes II scheinen im Januar 2005 ehemalige Sozialhilfeempfänger einen Monat lang kein Geld zu bekommen. Was sagen Sie dazu?

Pronold: Es wird auf keinen Fall dazu kommen, daß Menschen einen Monat ohne finanzielle Unterstützung dastehen. Wir werden auf jeden Fall eine Lösung finden, um eine derartige Härte zu vermeiden. Zur Not greift das Sozialhilferecht, das eine Not-Alimentierung vorsieht. Grundsätzlich wird es bei Hartz IV Härtefälle geben, die sich bei einer derart großen Systemumstellung grundsätzlich nicht vermeiden lassen. Das können in Einzelfällen auch Sachverhalte sein, die niemand vorher gewollt hat. Deswegen ist es sehr wichtig, daß wir noch mal nachjustieren.

JD: Ist auch an eine »Nachjustierung« bei den Zumutbarkeitskriterien für die Arbeitsaufnahme gedacht?

Pronold: Die Initiatoren des Mitgliederbegehrens haben in der SPD-Bundestagsfraktion dafür gesorgt, daß die Zumutbarkeitskriterien für die Arbeitsaufnahme an den ortsüblichen Lohn gebunden waren beziehungsweise an die Tarifbedingungen. Diese Regelung wurde im Vermittlungsverfahren auf Antrag der Union gestrichen. Jetzt beklagt ausgerechnet CSU-Generalsekretär Söder die sozialen Härten von Hartz IV. Das ist ein falsches Spiel auf dem Rücken der Betroffenen. Wir werden jetzt versuchen, auf dem Verwaltungsweg zu erreichen, daß die Zumutbarkeit vernünftig gehandhabt wird. Denn es kann nicht sein, daß Menschen unter Tarif beschäftigt werden, oder daß sittenwidriger Lohn gezahlt wird.

JD: Wie sieht denn die Zukunft bei den Weiterbildungsmaßnahmen für Arbeitslose aus?

Pronold: Im Haushalt der Bundesagentur für Arbeit ist nicht so viel Spielraum, wie wir ihn gerne hätten. Die Bundesagentur für Arbeit entscheidet selbst, wie sie die Mittel verwendet. Deswegen ist der Einfluß der Politik darauf nicht sehr groß. Ich befürchte, daß die Bundesagentur für Arbeit im Fortbildungsbereich Maßnahmen einsparen wird. Ich wünsche mir etwas anderes und setze mich vehement für Weiterbildungen ein, weil das der einzige Weg ist, um von Minijobs und schlecht qualifizierter Arbeit weg zu kommen.

JD: In Deutschland versucht sich gerade eine neue Linke namens »Wahlinitiative Arbeit & Soziale Gerechtigkeit« zu etablieren. Was halten Sie davon?

Pronold: Der einzige Ort in Deutschland, wo man mehr soziale Gerechtigkeit im parlamentarischen System erreichen kann, ist in und mit der SPD. Und wer eine Spaltung vorantreibt, auch hin zu den Gewerkschaften, schadet diesem Ziel. Was die Gruppe macht, ist sehr gefährlich, weil sie Merkel, Stoiber und Merz in die Hände spielen. Besonders wenn man sich vor Augen hält, was die Opposition plant: 25 Prozent Kürzung des Arbeitslosengeldes I, Abschaffung der Tarifautonomie und Aufhebung des Kündigungsschutzes.

Das Interview führten Gerti Fluhr-Meyer und Ulrike Weißenbach